

Gutes erstes Halbjahr für Hypo Oberösterreich

LINZ. Die Hypo Oberösterreich hat im ersten Halbjahr 2019 ihr operatives Ergebnis gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres verbessert: Bei einer Bilanzsumme von 7,7 Milliarden Euro legte der Überschuss nach Steuern von 8,24 Millionen auf zehn Millionen Euro zu. Das gesamte Konzernhalbjahresergebnis drehte wieder von einem Verlust von 6,5 Millionen Euro auf ein Plus von 20 Millionen Euro.

Die Bank begründet den Konzerngewinn damit, dass unter anderem die Aktienkursbewertungen der Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen – die Hypo OÖ ist indirekt an der voestalpine AG und direkt an der Austria Metall AG beteiligt – wieder zu einem positiven Beitrag von 2,6 Millionen Euro geführt haben.

Mehr Wohnbau-Finanzierungen

Die gute Geschäftsentwicklung erkläre sich vor allem durch einen anhaltenden Aufwärtstrend bei den privaten Wohnbaufinanzierungen: Im ersten Halbjahr 2019 wurde ein Neuvolumen von rund 70 Millionen Euro erzielt. Das gesamte Ausleihungsvolumen ging von Ende 2018 bis Ende Juni 2019 von 5,56 auf 5,52 Milliarden Euro leicht zurück. Belastend erweisen sich die Negativzinsen. Dadurch ging der Zinsüberschuss auf 24,03 Millionen Euro (Ende Juni 2018: 24,76 Millionen) weiter zurück. „Für das Gesamtjahr erwarten wir daher weiterhin ein stabiles Ergebnis, das allerdings angesichts des Zinsumfeldes unter dem Vorjahresniveau liegen könnte“, sagte Generaldirektor Andreas Mitterlehner.



Andreas Mitterlehner

Foto: hypo

Hektische Verhandlungen und viele Zurufe vor neuem Ökostrom-Gesetz

Ausbau der erneuerbaren Energie steht außer Streit, umstritten ist der politische Weg

VON SIGRID BRANDSTÄTTER

WIEN/LINZ. Im Schatten des immer härter werdenden Wahlkampfes ringen auf parlamentarischer Ebene die Energiesprecher der Parteien um eine kleine Novelle zum Ökostrom-Gesetz. Diese Woche haben sich die verschiedenen Interessengruppen von der Papierindustrie bis zur IG Windkraft zu Wort gemeldet. Die Chefverhandler sind aber verschwiegen. Aus diesem Kreis heißt es, die Gespräche liefen „sehr gut“. Details zum Verhandlungsstand blieben bis zum Beschluss aber vertraulich.



„Da will der Bundesrat den Klimanotstand ausrufen. Wenn es aber um konkrete Maßnahmen geht, die dem Klimaschutz dienen, streiten die Parteien.“

Herbert Paierl, Obmann der „Photovoltaic Austria“

Worum geht es? Es geht um eine kleine Reform der Ökostromnovelle. Die Anbieter erneuerbarer Energie aus den Bereichen Photovoltaik (PV), Windkraft, Kleinwasserkraft und Biomasse warten auf neue Fördervorgaben, damit sie ihre Anlagen verkaufen bzw. betreiben können.

Warum ist das wichtig? Österreich will 2030 seinen Strom bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie gewinnen. Das ist zur Erreichung der in-



Der große Streitpunkt um die Ökostrom-Novelle ist: Wie geht es mit den Biomasse-Anlagen weiter?

ternationalen Klimaziele nötig. Dank der heimischen Wasserkraft liegt Österreich heute bei über 60 Prozent. Das Potenzial liegt in den oben genannten Bereichen. Dazu sollte es schon im Vorjahr ein „Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz“ geben. Das gibt es noch immer nicht.

Was bedeutet diese Verzögerung?

Am Beispiel der Photovoltaik bedeutet das leere Fördertöpfe. Die aktuelle Unklarheit sei ein Investitionskiller, der eine Verzögerung von bis zu eineinhalb Jahren für den weiteren Ausbau bedeutet, sagt Herbert Paierl, der seit wenigen Monaten den Bundesverband „Photovoltaic Austria“ leitet. „Das Potenzial wäre groß, wenn wir aber unser derzeitiges Ausbau-

tempo beibehalten, brauchen wir bis 2110.“ Die Förderung sei nötig, weil billiger Importstrom die Produktionskosten konterkariere, rechtfertigt Paierl die Branche.

Wie weit ist der parlamentarische Prozess?

Es gibt zwei Initiativanträge, einen von der SPÖ, einen weiteren von ÖVP/FPÖ und Neos. Vertreter aller fünf Parteien verhandeln. Diese Woche fanden zwei Runden statt, die nächste ist für kommenden Mittwoch angesetzt. Das Umwelt- und Nachhaltigkeitsministerium liefert Inhalte. Gleichzeitig lobbyieren Interessensvertreter. Die Abstimmung im Plenum erfolgt bei der Nationalratssitzung vor der Wahl, die am 25. und 26. September angesetzt ist.

Wo sind die Knackpunkte? Es gibt mehrere Fronten, der größte Knackpunkt ist die Förderung für Biomasse-Anlagen. Einigen droht das Aus, wenn sie den produzierten Strom nicht mehr gestützt bekommen. Die Papierindustrie opponiert heftig gegen die Förderung. Sie fürchtet, dass nicht nur Restholz, sondern auch wertvolles verbrannt wird. Die SP sah die Biomasse-Förderung lange als Bauernsubvention.

Wie könnte ein Kompromiss aussehen?

Es dürfte auf geringere Fördervolumina als geplant bei PV und Wasserkraft hinauslaufen. Bei Biomasse könnte es ebenfalls geringere Summen – und das nur für Bestandsanlagen – geben.

Generationswechsel: Ein Dirndl für alle Fälle

Julia Buchfink wird ab Oktober den Innviertler Trachtenhersteller Wenger Austrian Style leiten

VON SUSANNE DICKSTEIN

OBERNBERG AM INN. Kommendes Wochenende beginnt mit dem Oktoberfest in München das wohl größte und bekannteste Volksfest der Welt. 6,3 Millionen Besucher sind im vergangenen Jahr auf die „Wiesn“ geströmt. Pflichtbekleidung sind Dirndl und Lederhose. „Trachtenhändler im Großraum München machen in den Wochen vor dem Oktoberfest zwischen 70 und 80 Prozent ihres Jahresumsatzes“, sagt Julia Buchfink. Die 31-Jährige repräsentiert die vierte Generation des Innviertler Trachtenherstellers Wenger Austrian Style. Mit Oktober wird sie von ihrem Stiefvater Alois Wenger die Geschäftsführung des Familienunternehmens übernehmen. Schwester Petra leitet die Produktion.

Seit den 2000er-Jahren erlebe die Trachtenbranche einen stetigen Aufschwung, erzählt Buchfink. Dirndl und Lodenjacke würden auch von jungen Menschen, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, wieder gern getragen. Entsprechend sei die Zahl der Anbieter re-

gelrecht explodiert. „Ich erwarte, dass es in den kommenden Jahren zu einer Bereinigung kommen wird.“ Und das, obwohl Buchfink nach wie vor großes Potenzial sieht: „Noch sind wir eine sehr regionale Branche und nicht gewohnt, den internationalen Markt bis USA und Japan zu bespielen.“

100.000 Dirndl pro Jahr

Das Familienunternehmen Wenger, das seinen Sitz in Obernberg an der Grenze zu Bayern hat, fertigt seine Trachten nach wie vor selbst – unter der eigenen Marke und für Trachten-Fachhändler unter deren Markennamen.

Rund 200.000 Teile werden pro Jahr erzeugt. Ungefähr die Hälfte davon sind Dirndl. „Wir kaufen und fertigen alles in Europa. Das ist uns richtig wichtig“, beschreibt Buchfink die Philosophie. Lieferanten sind beispielsweise die einzigen verbliebenen Seidenweber in Österreich, Jil Silk und Flemmich, beide im Großraum Wien zu Hause. Entwürfe, Zuschnitte und

Musterstücke entstehen im Innviertel – mit viel Liebe zum Detail. Ein Wenger-Dirndl besteht aus zehn bis 20 verschiedenen Komponenten, von Stoffen und Knöpfen über Borten bis hin zu Bändern. Ent-

Die 31-jährige Julia Buchfink ist die vierte Generation bei Wenger. (privat)



sprechend gut gefüllt ist das Lager, was für eine Betriebswirtin wie Julia Buchfink mitunter schwer verdaulich ist. Die Dirndl werden für die Serie dann in Lohnbetrieben in Ungarn gefertigt. Bis zu fünf Stunden brauche eine gute Näherin für ein Stück.

„Für die Mittelklasse“

Wenger hat sich im Trachtenmarkt klar gegenüber dem Wettbewerb positioniert: Der Großteil des Sortiments umfasst Dirndl für die „Mittelklasse“ in einem Preissegment zwischen 200 und 400 Euro. Zudem gibt es Größen von 32 bis 52: „Wenger-Dirndl kennen keine Größe.“ 48 Mitarbeiter sind in der Firma beschäftigt. Im mit September zu Ende gehenden Geschäftsjahr wird ein Umsatz von rund 14 Millionen Euro erzielt.



Am teuersten in Dänemark (OÖN)

Österreich: Preise für Brot EU-weit am zweithöchsten

WIEN. Österreich hat im EU-Vergleich die zweithöchsten Brot- und Getreidepreise. Das teilte die Statistikbehörde Eurostat am Freitag mit. Demnach liegt der heimische Preisindex für das Jahr 2018 bei 135. Auch Luxemburg und Finnland (beide 127) liegen deutlich über dem EU-weiten durchschnittlichen Preisindex von 100.

Spitzenreiter ist Dänemark (152): Dort ist Brot und Getreide dreimal so teuer wie in den EU-Ländern mit den niedrigsten Preisen. Am günstigsten sind die Waren in Rumänien (54), Bulgarien (62) und Polen (68).